OPTION INTERNATIONALE DU BACCALAURÉAT
SESSION 2015

SECTION : ALLEMANDE

ÉPREUVE : HISTOIRE - GÉOGRAPHIE

DURÉE TOTALE : 4 HEURES

*Le candidat devra traiter **UN** des deux sujets d'histoire*
*Et **UN** des deux sujets de géographie/complément au programme.*

Le dictionnaire unilingue dans la langue de la section est autorisé.

Les dictionnaires sous forme électronique ne sont pas autorisés.

TEXTE DU SUJET 1 HISTOIRE

AUFGABENART: QUELLENANALYSE UND ERÖRTERUNG

Thema: Deutschland von 1945 bis heute – die Entspannungsphase

Aufgaben:

1. Fassen Sie den Inhalt der Quelle zusammen. (13 Punkte)
2. Ordnen Sie die im Text angesprochenen Entwicklungen in ihren historischen Kontext ein. (14 Punkte)
3. „Nun sollten wir nach Osten Verträge machen, nach dem Willen von Brandt, wo wir auf die Wiedervereinigung praktisch verzichteten. Dazu war ich nicht bereit." (Rainer Barzel, CDU-Fraktionschef von 1964-73). Diskutieren Sie Barzels Einschätzung der Ostverträge. (13 Punkte)

M1 Altbundeskanzler Willy Brandt (SPD) erinnert sich 1999:

Nicht erst als Bundeskanzler, sondern schon Jahre zuvor hatte ich mich zu fragen: Was kann dein Staat, was kann die Bundesrepublik Deutschland tun, um den Frieden sicherer zu machen? Was kann sie und was kannst du tun, um die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden, die Konfrontation abzubauen und - über zweifellos weiterwirkende Gegensätze hinweg - ein System der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa aufbauen zu helfen? Friedenspolitik musste und muss mehr bedeuten, als vom Frieden zu reden. [...] Wir durften nicht von einer eingebildeten, sondern mussten von der realen Lage ausgehen, wie sie sich ein Vierteljahrhundert nach dem Krieg herausgebildet hatte. Es galt, den weitverbreiteten Hang zur Selbsttäuschung zu überwinden und quasijuristische Formeln nicht mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Nur so konnten wir international handlungsfähig werden.

Über den mir zugeschriebenen, dann mit mir identifizierten Begriff »Ostpolitik« war ich nicht glücklich. [...] Warum behagte mir das Etikett nicht? Ich fürchtete, es lade zu der Vermutung ein, ich hielte die auswärtige Politik für eine Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht. Mit meinen Kollegen ging ich davon aus, daß wir beides zugleich und aufeinander abgestimmt brauchten: die verläßliche Partnerschaft mit dem Westen und die sich mühsam anbahnende, dann auszubauende Verständigung mit dem Osten. Mir war bewußt, daß unser nationales Interesse es keinesfalls erlaube, zwischen dem Westen und dem Osten zu pendeln.

Auf einen einfachen Nenner gebracht: Unsere ostpolitischen Bemühungen mußten mit den westlichen Partnern gut abgestimmt werden und im politischen Gefüge der Atlantischen Allianz verankert sein. Noch einfacher: Unsere Ostpolitik hatte im Westen zu beginnen! Doch die Entwicklung seit den Westverträgen 1955 erforderte möglichst normale und produktive Beziehungen auch zur Sowjetunion und zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes. Dieser Normalisierung bedurfte es, damit die Bundesrepublik ihre Interessen in der europäischen Zusammenarbeit annähernd gleichberechtigt wahrnehmen konnte. Wir haben uns also entschlossen, unseren Anteil daran einzubringen, daß sich der Friede auf der Grundlage größtmöglicher Sicherheit ausbreite [...].

Und was war mit der Unterrichtung der Westmächte? Mit der Konsultation, soweit ihre weiterwirkenden Rechte in Bezug auf »Deutschland als Ganzes« betroffen waren? Es trifft zu, daß wir - auch im Osten - unsere eigenen Dinge selbst vertreten und insofern »gleicher« als zuvor werden wollten. An gleichmäßiger und korrekter Unterrichtung haben wir es jedoch nicht fehlen lassen. [...]

Auszug aus: Brandt, Willy, *Erinnerungen*, Berlin: Siedler, 1999, zitiert nach: http://www.cvce.eu/obj/Willy_Brandt_Erinnerungen_Auszug_uber_die_Ursprunge_der_Ostpolitik-de-1b4f37aba591-444f-9a25-2917e685714a.html, 23.08.2012

Worterklärungen

(Z. 13) etwas behagt jemandem = jemand fühlt sich damit wohl
(Z. 20) etwas auf einen Nenner bringen: hier = etwas zusammenfassen
(Z. 29) die Unterrichtung = die Information

TEXTE DU SUJET 2 HISTOIRE

AUFGABENART: QUELLENANALYSE UND ERÖRTERUNG

Thema: Deutsch-Französische Beziehungen

Aufgaben:

1. Fassen Sie die Aussagen der beiden Quellen von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer zusammen. 12 / 40

2. Vergleichen Sie die Grundeinstellungen und Ziele, die de Gaulle und Adenauer in den jeweiligen Texten vertreten, miteinander. 14 / 40

3. Beurteilen Sie ausgehend von den beiden Texten, ob von 1945 bis 1955 auf französischer und auf deutscher Seite eine Veränderung bezüglich der Beziehungen zum jeweils anderen Land stattgefunden hat. 14 / 40

Material 1

Charles de Gaulle: „Was soll man mit Deutschland machen?" Rede am 5. Oktober 1945 in Baden-Baden vor militärischem und zivilem Besatzungspersonal der Französisch besetzten Zone.

Was tun wir hier nach unserem Sieg? Wir arbeiten darauf hin, hier Frankreich zu etablieren. Wir folgen damit einer gewissen historischen Berufung unseres Landes, die in der Vergangenheit mehrmals unterbrochen worden ist, und die wir nun ein letztes Mal und unter den bestmöglichen Umständen realisieren. Frankreich hier etablieren, das bedeutet zuerst, Frankreich die Verfügung über das Territorium zu verschaffen, das der Natur nach mit ihm verbunden ist. Dies betrifft die linksrheinischen Gebiete der Pfalz, Hessen, das rheinische Preußen, und das Saarland. Diese Gebiete, die alle untereinander in Verbindung stehen, müssen auch mit Frankreich verbunden werden – […]
Heißt dies Annexion? Nein, aber streiten wir nicht um Worte. Das Ziel ist eine wirtschaftliche und psychologische Vereinigung, eine französische Präsenz, eine unbegrenzte Kontrolle.
Und die Gebiete rechts des Rheins, unmittelbar auf der anderen Seite dieses europäischen Wasserweges, Baden zweifellos, und vielleicht Württemberg? Diese Gebiete sind moralisch, geistig, wirtschaftlich mit der Geschichte unseres Landes verbunden, warum wollen wir nicht darauf hinwirken, dass sie sich uns auch jetzt zuwenden?
Ich denke auch an das Ruhrgebiet, das soviel Kohle besitzt, die Westeuropa und vor allem Frankreich so dringend benötigen. Dieses Ruhrgebiet ist ein Pfand und ein Hilfsmittel zugleich. Ein Pfand, weil ohne das Ruhrgebiet Deutschland sich nicht wieder erheben und uns erneut bedrohen, angreifen, niederwerfen kann. Ein Hilfsmittel für den Wiederaufstieg Westeuropas, und besonders ein Hilfsmittel, das Frankreich helfen soll, eine große Industriemacht zu werden. Dieses Ziel kann Frankreich nur mit Hilfe der Produktionskraft des Ruhrgebiets erreichen […]
Was die anderen deutschen Gebiete betrifft, so gehen sie ihrer Bestimmung entgegen, einer traurigen Bestimmung. Das geteilte und zerstörte Deutschland, regiert von verschiedenen, untereinander zerstrittenen Behörden, dieses so dem Unglück ausgelieferte Deutschland, dem sich keine Perspektive eines raschen Wiederaufstiegs öffnet - es wird sich ganz natürlicherweise auf das Land hin orientieren, das ihm die meisten Zukunftschancen bietet, die Möglichkeit, wieder einen Platz in Europa einzunehmen.

Knipping/Ernst Weisenfeld (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland - Frankreich seit 1870, Bonn: Europa Union 1988, S. 142. [Übers.: Franz Knipping]

Material 2

Konrad Adenauer in einem Brief vom 31. 10. 1945 an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz

In Westeuropa sind die führenden Großmächte England und Frankreich. Der nicht von Russland besetzte Teil Deutschlands[1] ist ein integrierender Teil Westeuropas. Wenn er krank bleibt, wird das von schwersten Folgen für ganz Westeuropa, auch für England und Frankreich sein. Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Russland besetzten Teiles Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich, Westeuropa unter ihrer Führung zusammenzuschließen, den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen und wieder gesund zu machen. Eine Lostrennung des Rheinlandes und Westfalens von Deutschland dient diesem Zweck nicht, sie würde das Gegenteil herbeiführen. Man würde eine östliche politische Orientierung des nicht russisch besetzten Teiles Deutschlands herbeiführen. Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen. Wenn England sich entschließen würde, auch an dieser wirtschaftlichen Verflechtung teilzunehmen, so würde man dem doch so wünschenswerten Endziele, Union der westeuropäischen Staaten, ein sehr großes Stück näherkommen.

Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 39 f.

[1] = das spätere Westdeutschland

TEXTE DU SUJET GEOGRAPHIE

Aufgabenart: Quellenanalyse und Erörterung

Thema: Deutschland
Die Dynamik regionaler Räume im Rahmen der Globalisierung
Beispiel: Sachsen-Anhalt

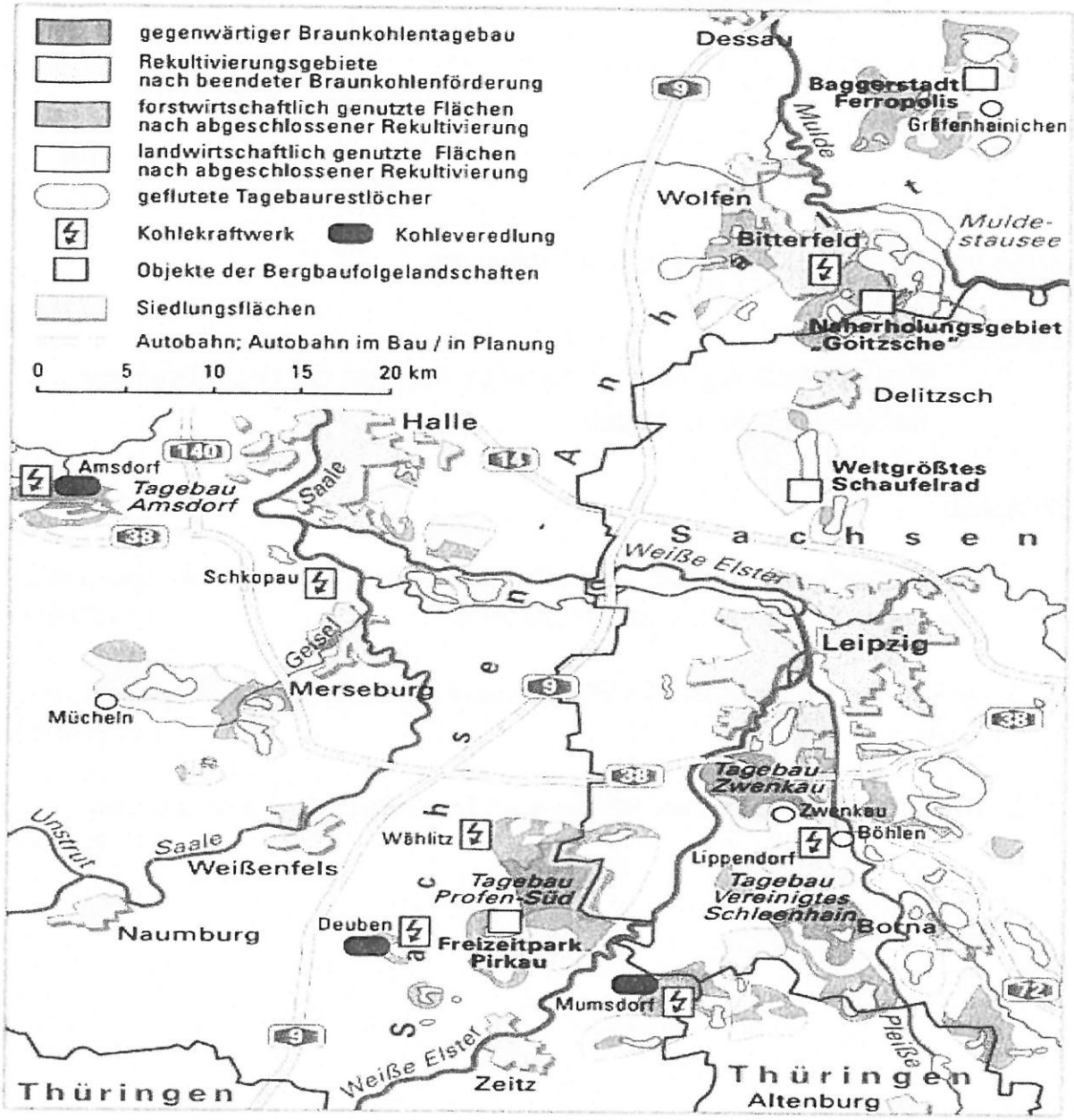
Aufgaben:

1. Beschreiben Sie mit Hilfe der Materialien M1 – M 8 die wirtschaftliche und soziale Situation in Sachsen-Anhalt um das Jahr 2010. (14 Punkte)

2. Arbeiten Sie aus der Studie des Wirtschaftsinstituts Halle (M 9) die wesentlichen Aussagen heraus. (12 Punkte)

3. Diskutieren Sie Chancen und Risiken des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt. (14 Punkte)

M 1 Industriegebiet im östlichen Sachsen-Anhalt



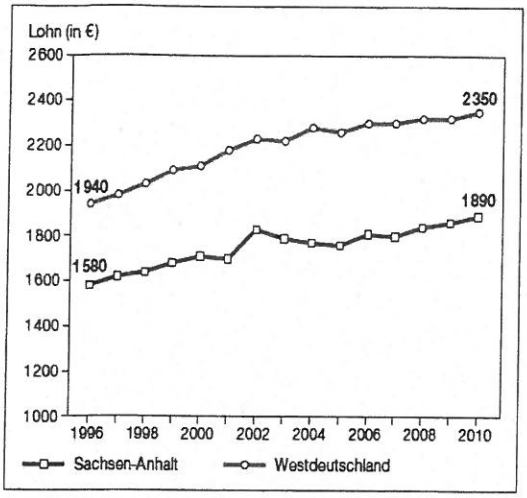
(http://www2.klett.de/sixcms/list.php?page=geo)

M 2 Einige Fakten zur Ausgangssituation Sachsen-Anhalts 2010

Die großen Problembereiche des Bundeslandes lassen sich wie folgt umreißen: eine geringe Wirtschaftsleistung (BIP/Einwohner nur 70% des Bundesdurchschnitts) mit niedrigem Lohnniveau ist Mitursache eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs durch sinkende Geburtenraten sowie alters- und geschlechtsselektive Migration. Für Sachsen-Anhalt werden langfristig negative Effekte erwartet, sinkendes Potenzial an Erwerbspersonen, Überalterung, kostenintensive Anpassungen der Infrastruktur. Mit 114/Einwohnern/km² gehört Sachsen Anhalt ohnehin zu den am dünnsten besiedelten Bundesländern. Inwieweit die Hoffnungen der Landesregierung erfüllt werden, bestehende Potenziale im Bereich Forschung und Entwicklung oder dem Maschinenbau nutzen zu können, wird sich noch zeigen müssen – jüngste Entwicklungen lassen auch Negativerwartungen zu: im Solar-Valley, wo Arbeitsplätze in der Photovoltaikbranche an einen Konkurrenten aus Asien verloren gingen.

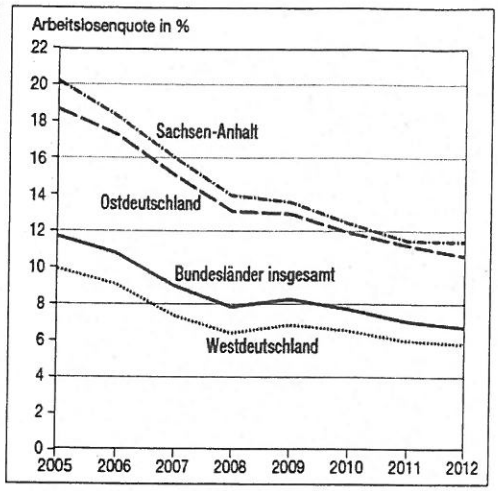
(Quelle:Praxis Geographie 10/2013 S.32)

M 3 Lohnentwicklung



Quelle: ISW2012,S.204

M 4 Arbeitslosenquote



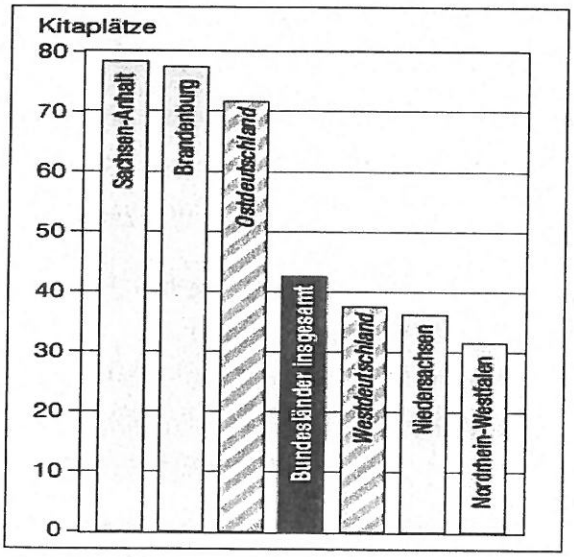
Quelle: ISW 2012,S. 222

M 5 Bevölkerungsentwicklung zwischen 2007-2011 nach Altersgruppen (Index 2007=100)

Jünger als 15 Jahre	
Deutschland	95,6
Sachsen-Anhalt	103,3
15-64 Jahre	
Deutschland	98,9
Sachsen-Anhalt	92,1
65 Jahre und mehr	
Deutschland	103,3
Sachsen-Anhalt	102,8

Quelle: ISW 2012,S.27

M 6 Plätze in Kindertageseinrichtungen pro 100 Personen unter 11 Jahre (2010)



Quelle: ISW2012,S.235

M 7 Auspendlerquoten der Beschäftigten in Sachsen Anhalt nach bestimmten Merkmalen im Jahre 2010

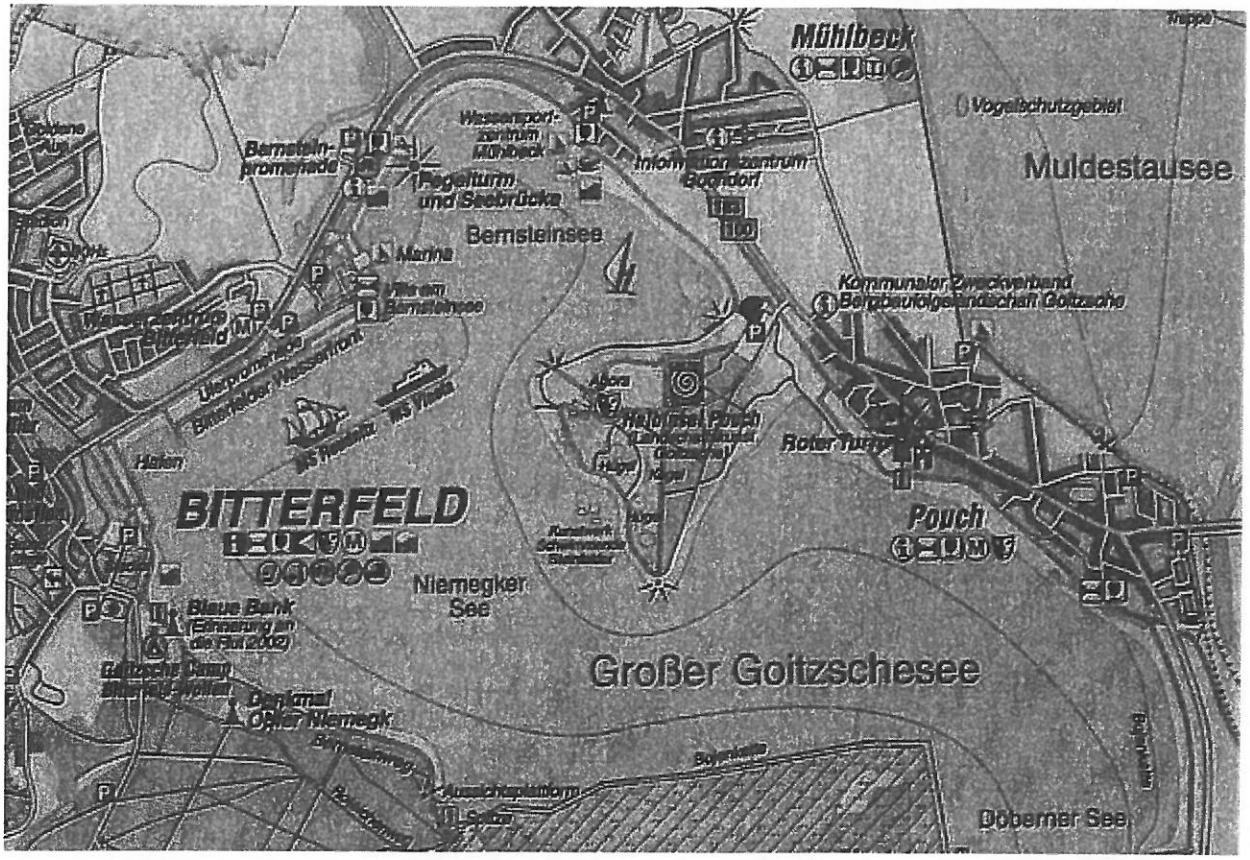
Quelle: ISW 2012, S.211

Beschäftigte insgesamt	**16,5 %**
Beschäftigte mit Hochschulabschluss	**18,4 %**
Altersgruppe 15-24 Jahre	**18,4 %**
Industrie/Handwerk	**19,8 %**
Technische Berufe	**25,5 %**

Zum Vergleich: Die durchschnittliche Auspendlerquote aller Bundesländer 2010 beträgt 6%

Worterklärung: Auspendler sind Beschäftigte, die in einem Bundesland, z.B. in Sachsen-Anhalt wohnen, aber in einem anderen Bundesland arbeiten.

M 8 Karte mit der renaturierten Goitzsche (Quelle: http://www.myheimat.de/bitterfeld)



Ergänzende touristische Information zum Bundesland Sachsen-Anhalt:

- Mildes Klima, sehr geringe Niederschlagsmengen, 1600 Sonnenstunden/Jahr (überdurchschnittlicher Wert)
- Nördlichstes Weinbaugebiet Deutschlands zwischen Naumburg und Zeitz
- Attraktive Kulturlandschaft mit zahlreichen Burgen, Schlössern und Kirchen

(Quelle: Handbuch Tourismus Sachsen Anhalt, Magdeburg – Wernigerode 2005 , S.120)

M 9 Projektion des Wirtschaftsforschungsinstituts Halle von 2010 bis 2025

Zuwachsrate pro Jahr in %	Deutschland	Sachsen-Anhalt
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2 %	+ 0,2 %
Kapitalstock (Anlagevermögen)	+ 1,1 %	0 %
Gesamtmenge der Arbeitsstunden	– 0,3 %	– 1,8 %
Bevölkerung	– 0,2 %	– 1,1 %
Arbeitsproduktivität (je Std)	+ 1,4 %	+ 2,0 %

Quelle: IWH Wirtschaft im Wandel 4/2012, S.139 und S.136 (nach Praxis Geographie 10/2013, S.34)

Worterklärung: Projektion bedeutet hier eine Entwicklung, die eintritt, wenn man die aktuellen Verhaltensweisen in der Zukunft unverändert fortsetzt.

TEXTE DU SUJET COMPLEMENT AU PROGRAMME

AUFGABENART: MATERIALANALYSE UND ERÖRTERUNG

Thema: Wirtschaftspolitik

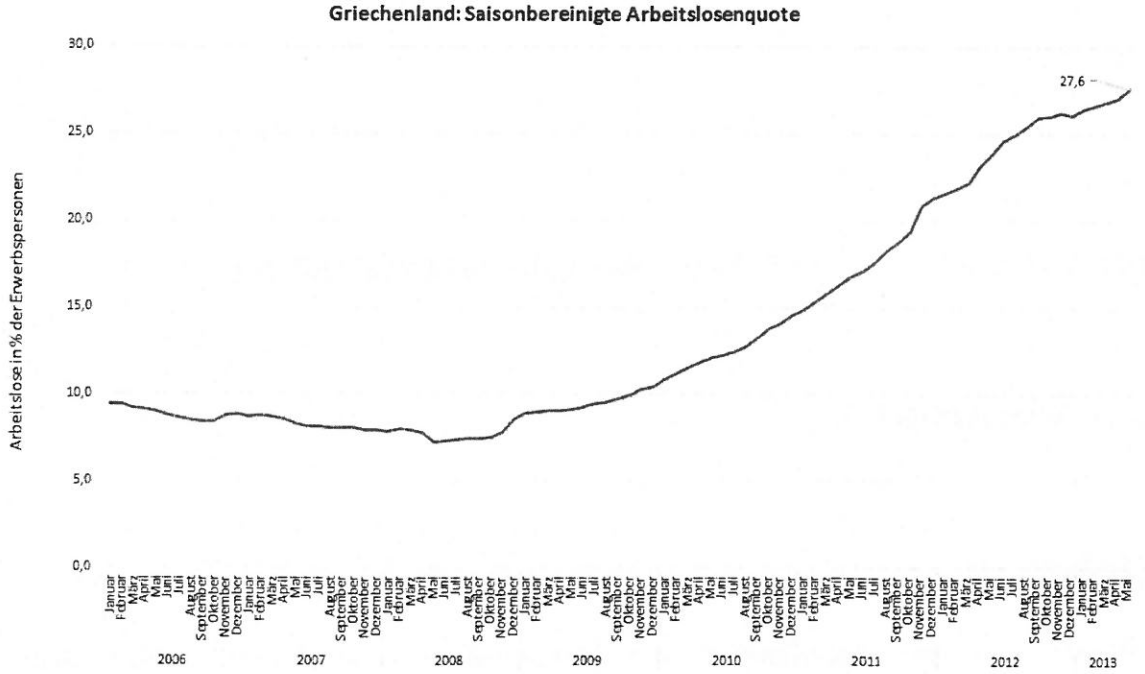
Aufgaben:

1. Geben Sie unter Zuhilfenahme der Materialien 1 – 4 einen Überblick über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Griechenlands seit 2007. 12 / 40

2. Ordnen Sie anhand von Material 7 die Maßnahmen, die die griechische Regierung ab 2010 zur Überwindung der Krise ergriffen hat, einem wirtschaftspolitischen Konzept zu. 14 / 40

3. Beurteilen Sie die Arbeit der Troika und der griechischen Regierung auf der Grundlage der Materialien 1 bis 7 und Ihres Wissen. 14 / 40

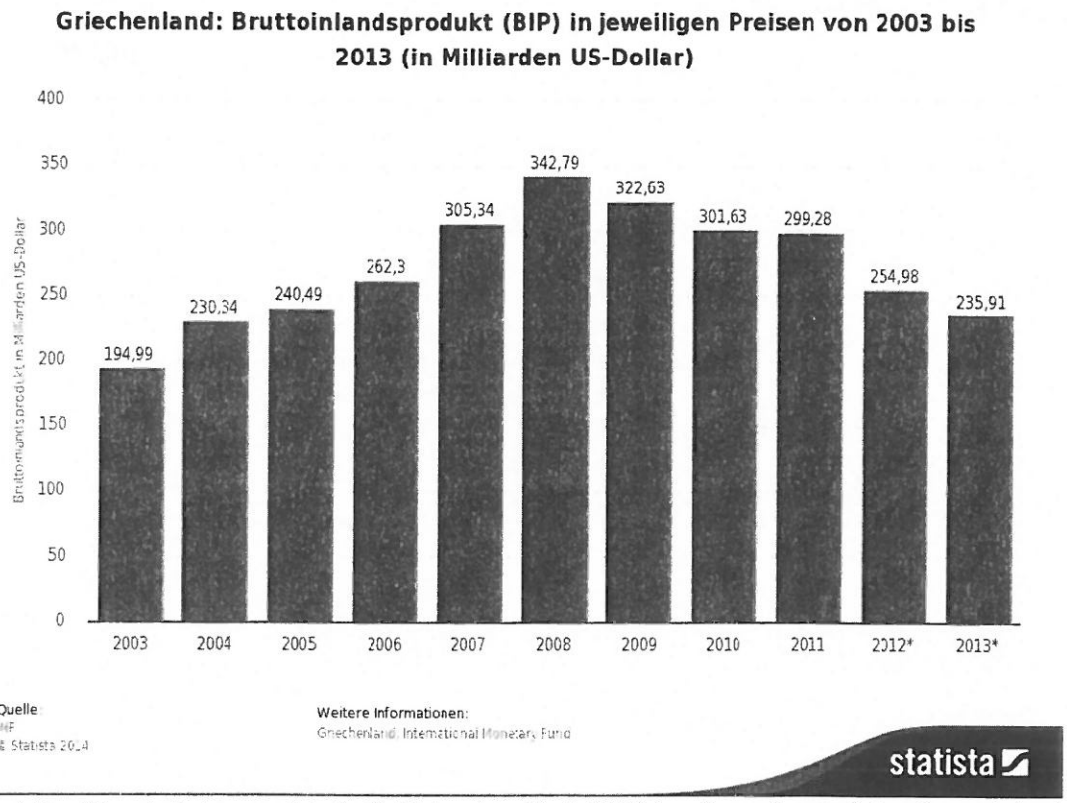
Material 1



Quelle: Hellenic Statistical Authority (EL.STAT.), Stand: 08.08.2013; Graphik: **www.wirtschaftundgesellschaft.de**

aus: http://www.wirtschaftundgesellschaft.de/2013/08/statistik-des-tages-und-hintergrund-arbeitslosenquote-und-preisentwicklung-griechenland/, Zugriff am 12.10.2014

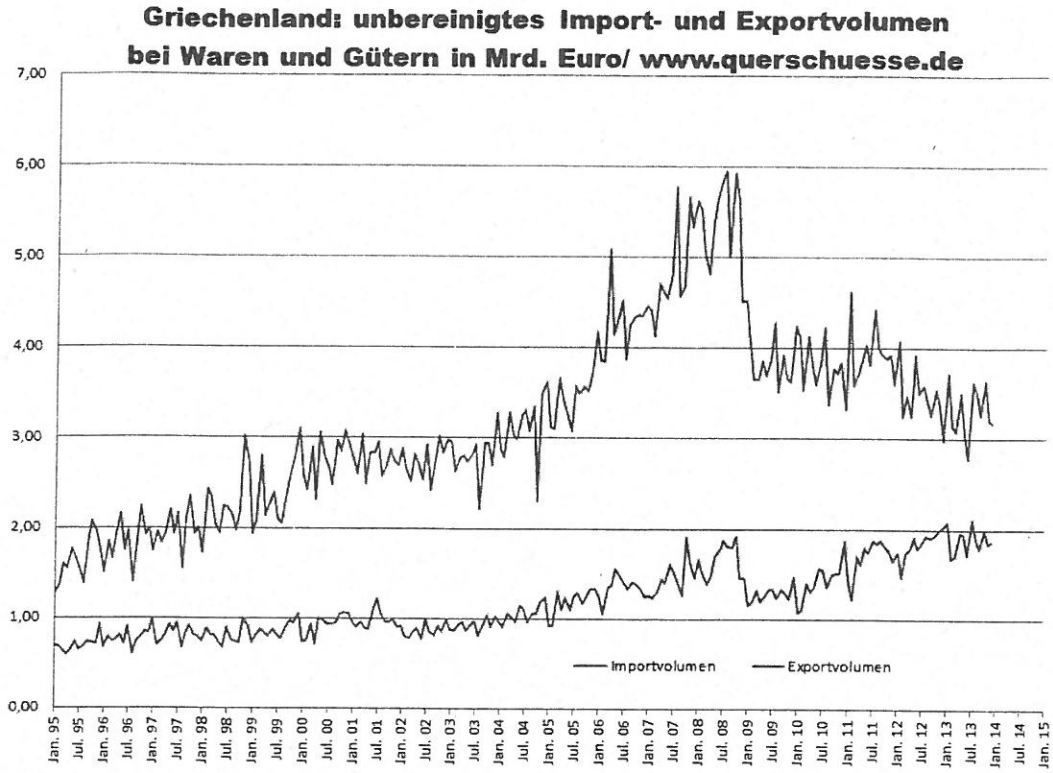
Material 2



aus: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14398/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-griechenland/, Zugriff am 12.10.2014

Material 3

(obere Kurve: Importe, untere Kurve: Exporte)



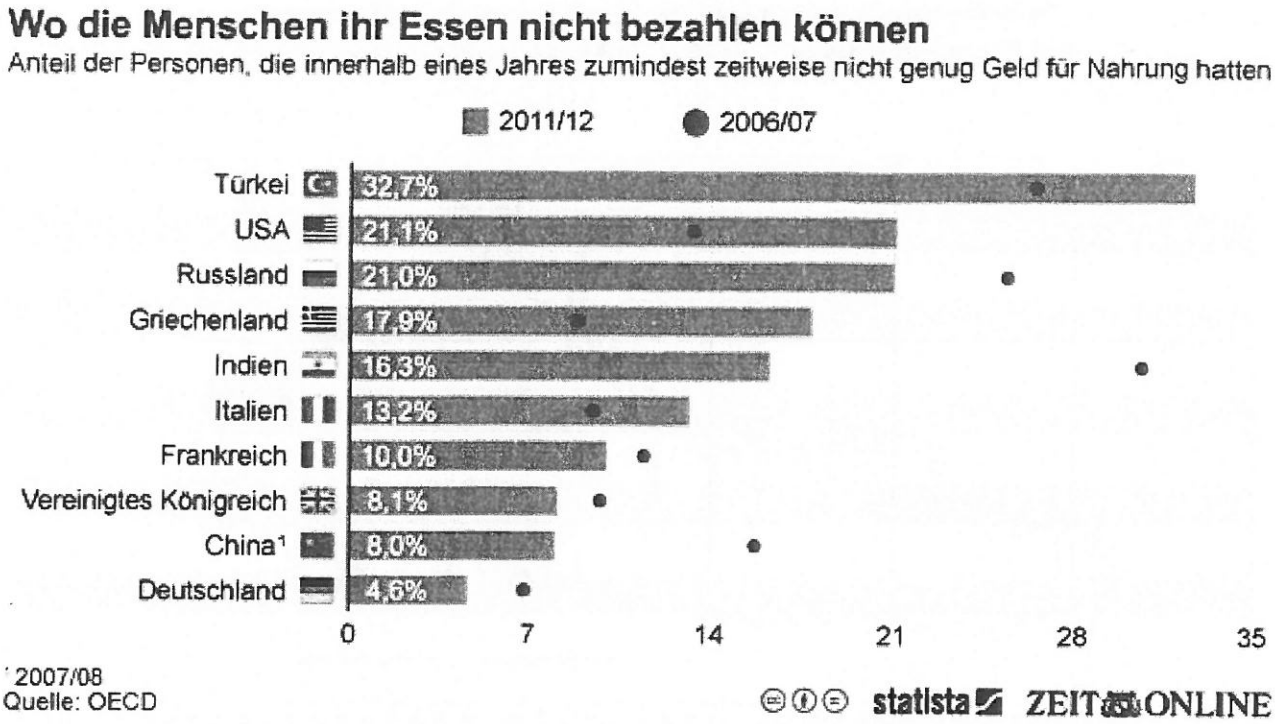
aus: http://www.querschuesse.de/griechenland-ausenhandel-und-leistungsbilanz-dezember/, Zugriff am 12.10.2014

Material 4

aus: http://www.contra-magazin.com/2014/09/samaras-bei-merkel-schuldenschnitt-und-zinssenkung-fuer-griechenland-2/, Zugriff am 12.10.2014

Material 5

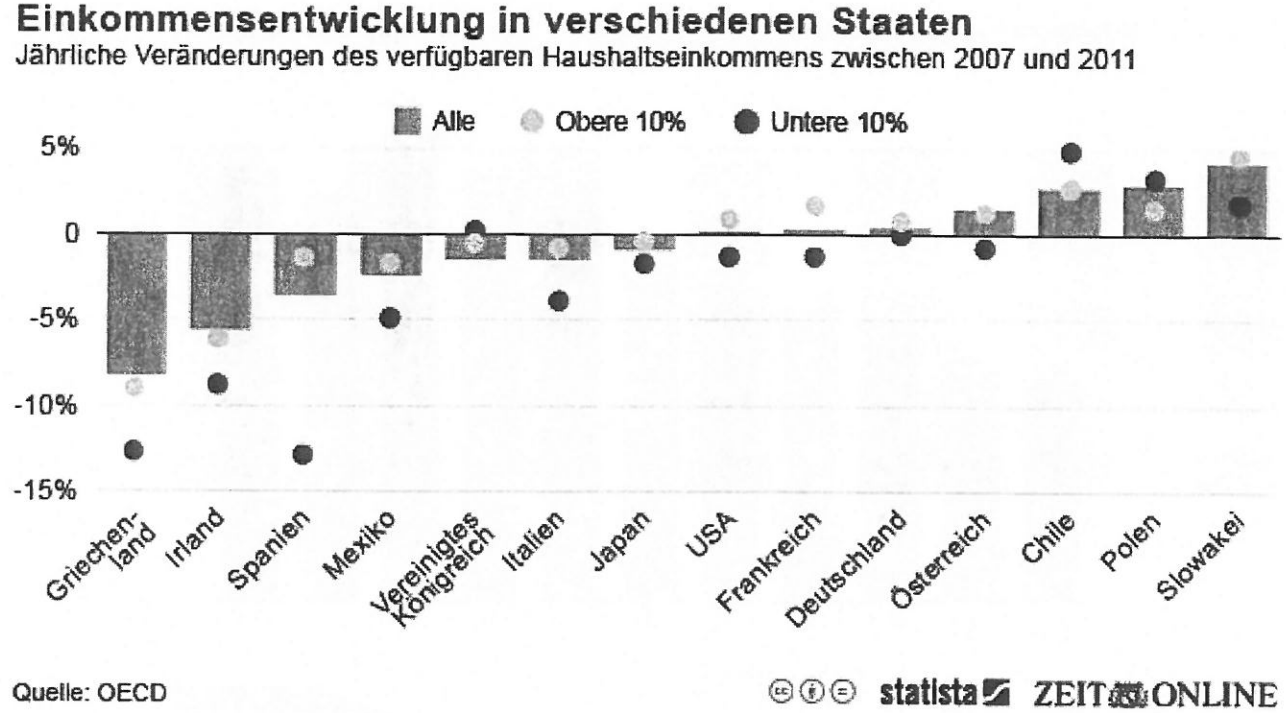
(bei Griechenland liegt der Punkt für 2006/07 bei 9%)



aus: http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/einkommen-krise, Zugriff am 12.10.2014

Material 6

(bei Griechenland liegt der Punkt für die oberen 10% bei -9%, der für die unteren 10% bei -12,5%)



aus: http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/einkommen-krise, Zugriff am 12.10.2014

Material 7

Maßnahmen, die die griechische Regierung zur Überwindung der Krise getroffen hat. Diese entsprechen den Forderungen der sogenannten „Troika", bestehend aus IWF (Internationalem Währungsfond), EZB (Europäische Zentralbank) und EU-Kommission („Regierung" der EU). Da Griechenland ohne die finanzielle Unterstützung, die die „Troika" dem Land gewährt, bankrott gegangen wäre, erfüllte und erfüllt die griechische Regierung mit den folgenden Maßnahmen die Forderungen der „Troika":

1) längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst (40 Stunden)
2) Streichung des 13. und 14. Monatsgehaltes (Weihnachts-, Oster-, und Urlaubsgeld; […] das Jahresgehalt und die Renten wurden in Griechenland grundsätzlich 14 Mal ausgezahlt)
3) Abschaffung von zahlreichen Lohnzuschüssen im öffentlichen und im privaten Sektor
4) […] Höchstgrenze von 1.900 Euro für monatliche Gehälter für Beamte eingeführt; Gehaltskürzungen für Angestellte in Staatsunternehmen […]
5) Abbau von 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2015 […]
6) Kürzungen von Pensions- und Rentenbezügen ab 1.000 Euro um 5 bis 15% […]. Seit 2010 wurden Pensionen und Renten um schätzungsweise 45% gekürzt; […]
7) Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre ab 1.1.13 […]
8) Senkung des Arbeitslosengeldes von 461,50 Euro auf 360 Euro […]
9) Streichung des Kindergeldes ab dem 3. Kind […]
10) Einsparungen im Gesundheitswesen, unter anderem durch höhere Eigenbeiträge (*Betrag, den der Patient selbst zahlen muss*) der Versicherten beim Kauf von Medikamenten, Schließung und Zusammenlegung zahlreicher Krankenhäuser, elektronische Medikamentenverschreibung, 25 Euro für die Einlieferung ins Krankenhaus […]
11) Verschärfung der Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung […]
12) *Kürzung des Steuerfreibetrages (Teil des Einkommens (=Existenzminimum), für den keine Steuern bezahlt werden müssen)* […]
13) Anhebung des Steuersatzes für Zinseinkünfte auf 15% (von 10%)
14) Mehrwertsteuererhöhung von 21 auf 23% (von zuvor 19 %) […]
15) Erhöhung der Besteuerung von Tabakwaren
16) Erhöhung der Benzin-, Heizöl- und Alkoholsteuer um 10% […]
17) Senkung der Kündigungsfrist; gesetzliche Abfindungszahlungen *für denjenigen, der entlassen wird,* werden bei Kündigungen deutlich reduziert; Einführung von Massenentlassungen […]
18) Senkung des monatlichen Mindestlohns von 751 auf 586 Euro […]
19) Öffnung geschützter (*d.h. diese Berufe durfte nicht jeder ausüben, der die nötige Ausbildung hatte, sondern er musste zu diesem Beruf zugelassen werden, damit nicht „zu viele" Personen diesen Beruf ausüben*) Berufe beschlossen (unter anderem Taxifahrer, Speditionsmitarbeiter, Apotheker, Optiker, Makler, Buchhalter, Tankstellenwärter, Fremdenführer) […]
20) *Senkung der Unternehmensbesteuerung von 40,30 auf 20 %*
21) Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel […]
22) Abschaffung der Pflichtveröffentlichung von Bilanzen in Printmedien
23) Wiederaufnahme der Bauarbeiten bei den vier großen Autobahnen mit der Unterstützung der EU und der Europäischen Investitionsbank […]
24) Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen und Verwertung des öffentlichen Vermögens (Bahngesellschaft, Häfen und regionale Flughäfen) […]
25) Beschleunigung der Anerkennung von ausländischen Berufsbefähigungsnachweisen *(=Berufsabschlüsse)* […]

aus: Germany Trade & Invest, http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte, did=943236.html vom 15.1.2014, Zugriff am 12.10.2014